

Sozial. Mit Sicherheit. KPÖ

Die Vielfalt der zur Nationalratswahl antretenden Parteien und das Schrumpfen der Stammwählerschaft der großen Parteien sind Anzeichen dafür, dass die traditionelle österreichische Parteienlandschaft zunehmend instabil wird. Die beiden Koalitionsparteien geben sich Mühe, die für sie prognostizierten Stimmenverluste abzuwenden, und überbieten einander nun gegenseitig mit sozialpolitischen Versprechungen – wohl in der Hoffnung, die österreichischen Wählerinnen und Wähler würden darüber hinwegsehen, dass sie in der vergangenen Legislaturperiode niemand daran gehindert hat, das, was sie heute getrennt als Versprechen präsentieren, gemeinsam als Regierungsparteien auch umzusetzen.

Tatsache ist aber, dass sie nicht einmal die Studiengebühren abgeschafft haben, und die machen nur einen Bruchteil der Summe aus, die in den aktuellen Wahlversprechungen steckt. Es lohnt sich, genauer hinzusehen, wenn jene, die für die zunehmende Armut im Land politisch verantwortlich sind, plötzlich großzügig Versprechungen machen. Es lohnt sich, weil es bei den kommenden Wahlen einen Weg gibt, den Druck auf die ehemaligen – und wohl auch zukünftigen – Koalitionsparteien zu verstärken, mit dem Ziel, möglichst viel von ihren sozialpolitischen Versprechungen Wirklichkeit werden zu lassen. Die KPÖ zu wählen, heißt genau das: Den Herrschenden aus Erfahrung nicht glauben, aber von ihnen zu fordern, was die Mehrheit der Bevölkerung will; jede Stimme, die für eine der dominanten Parteien abgegeben wird, ist eine verlorene Stimme, weil sie die Koalitionäre legitimiert, weiterzumachen wie bisher, und das schließt ein: Von Wahl zu Wahl sich mit Wahlversprechungen hinüberzuretten.

Eine Stimme für die KPÖ hingegen verstärkt den politischen Druck von links, ist ein Gewinn für solidarische Politik, für eine andere Politik, die die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung im Auge hat. Denn:

Das tägliche Leben wird immer teurer. Die Realeinkommen, Löhne, Gehälter und Pensionen stagnieren und sind zunehmend vom Produktivitätswachstum abgekoppelt. Der wirtschaftliche Aufschwung kommt nicht mehr bei den Menschen an. Die hohe Inflation und die „kalte Progression“ bei der Lohnsteuer fressen bescheidene Einkommenszuwächse auf. Die Preise für viele Güter und Leistungen des täglichen Bedarfs steigen hingegen immer stärker. Die weltweite Spekulation auf Rohstoffe und Nahrungsmittel schlägt sich direkt in unseren Geldtaschen nieder. Der Kapitalismus produziert sagenhaften Reichtum für eine kleine Minderheit und er produziert Armut, Hunger und Elend für sehr viele. Die Politik entmachtet sich selbst, indem immer mehr öffentliche Bereiche privatisiert und dem Diktat des Profits unterworfen werden. Der Druck auf den öffentlichen Sektor, der wichtig für die



Menschen ist, wird durch Ausgliederung und Privatisierung, Arbeitsplatzvernichtung, Verlust politischer Gestaltungsmöglichkeiten sowie Tarif- und Gebührenerhöhungen immer größer.

Mehr Reichtum = mehr Armut

Der Reichtum einer kleinen Minderheit wächst, die Profite der Konzerne und die Managergehälter explodieren geradezu. Steuerbetrug und Steuerflucht nehmen zu. Konzerne und Millionenvermögen werden steuerlich begünstigt. Eine kleine Oberschicht ignoriert zunehmend alle gesellschaftlichen Regeln. Gleichzeitig geraten immer mehr Menschen in die Armutsfalle, oft trotz Vollzeitarbeit. Immer mehr Menschen wissen nicht, wie sie Wohnen, Ernährung und das tägliche Leben finanzieren sollen. Die Hauptbetroffenen sind Prekarierte, Frauen, Alleinerziehende, kinderreiche Familien, MigrantInnen und PensionistInnen. Der gesellschaftliche Interessenausgleich ist verlorengegangen. Immer mehr Menschen sind vom sozialen Abstieg bedroht. Leistung und eine gute Bildung schützen weniger denn je vor dem Verlust von Arbeitsplatz und Wohnung. Wer nach unten fällt bleibt auch dort. Wer arm ist stirbt früher. Die Behauptung, der Wettbewerb am freien Markt würde alles regeln wird vom realen Kapitalismus tagtäglich widerlegt. Die Politik schaut tatenlos zu. Gab früher der Begriff Reform Hoffnung, so ist er heute zur gefährlichen Drohung verkommen.

Mut für Veränderung

Eine Mehrheit der Menschen sieht sich heute im Parlament nicht mehr vertreten. Eine Mehrheit im Parlament entscheidet regelmäßig gegen die Mehrheit der Bevölkerung, welcher zudem die Mitsprache in grundlegenden Fragen wie dem EU-Vertrag verweigert wird. Dabei ist die EU nicht die Alternative zur neoliberalen Globalisierung, sondern ein wesentlicher Teil derselben.

Die ÖGB-Führung betätigt sich als sozialpartnerschaftlicher Dienstleister, statt einen lautstarken und spürbaren Protest gegen die unsoziale Entwicklung zu organisieren. Ein massiver Vertrauensverlust in die gesamte wirtschaftliche und politische Ordnung ist die Folge. Immer mehr Menschen wenden sich mit Abscheu von der Politik ab, sie gehen nicht mehr wählen. Das ändert freilich nichts an der Misere. Wir wollen hingegen Resignation und Mutlosigkeit überwinden. Die Politik ist gefordert: Es gilt, die Wirtschaft zu steuern. Politische Eingriffe und gesetzliche Regulierungen sind notwendig. Eine Umverteilung wird immer dringender. Denn: Es ist genug für alle da! Und eine solche Umverteilung ist auch zu finanzieren: Durch eine entsprechende Besteuerung von Kapital und Vermögen. Durch eine Vermögenssteuer. Durch eine Wertschöpfungsabgabe. Durch die Abschaffung der steuerschonenden Privatstiftungen.



Unser Sofortprogramm

Die KPÖ will: Teuerungsausgleich bei Löhnen, Gehältern und Pensionen. Ein gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde. Armutsfeste Mindestpensionen und Mindestsicherungen. Abschaffung der Regresspflicht. Amtliche Preisregelungen für Treibstoff, Energie und Grundnahrungsmittel. Mietzinsstopp und Abschaffung der Richtwertzuschläge. Valorisierung von Sozialleistungen wie Pflegegeld, Familienbeihilfe und Stipendien. Entlastung der mittleren Einkommen bei der Lohnsteuer, höhere Negativsteuer für Kleinstinkommen. Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Mieten, Tarife und Medikamente. Stopp für Tarif- und Gebührenerhöhungen. Eine Energiegrundversicherung. Kostenloser Zugang zum Gesundheitswesen für alle. Abschaffung der Studiengebühren. Freie Fahrt auf öffentlichen Verkehrsmitteln. Gratiskindereinrichtungen. Erhaltung und Ausbau des öffentlichen Sektors.

Die KPÖ als linke Alternative

Die Politik muss – so unsere Überzeugung - etwas für die Menschen tun, sie darf sich nicht mit sich selbst beschäftigen. Vor allem ist die Mitsprache der Menschen notwendig. Es gilt die Rolle des Staates neu zu bestimmen. Dieser muss für die Mehrheit der Menschen handeln, nicht für eine kleine Minderheit. Es gilt, grundsätzlich die Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Reichtum sicherzustellen. Es gilt gleiche Rechte für alle Menschen in diesem Land durchzusetzen. Es gilt die Benachteiligung von Frauen zu beseitigen. Es gilt der Ausgrenzung von MigrantInnen entschieden entgegenzutreten. Es gilt Solidarität wieder zu erkämpfen und mit Leben zu erfüllen. Die KPÖ versucht in Betriebs- und Gemeinderäten, in Arbeiterkammern und im steirischen Landtag, in Vereinen, Bürgerinitiativen und Bündnissen die Interessen der Lohnabhängigen, Prekarisierten, Erwerbslosen und PensionistInnen zu vertreten und Alternativen aufzuzeigen. Die MandatarInnen der KPÖ verwenden einen großen Teil ihres Politeinkommens für soziale Zwecke. Die KPÖ sieht sich als Partei für das tägliche Leben der Menschen und für soziale Gerechtigkeit. Wir können unsere Vorhaben aber nur dann verwirklichen, wenn uns möglichst viele Menschen dabei unterstützen und selbst aktiv werden. Wir wollen den Menschen bei dieser Wahl die Möglichkeit geben sich über den Stimmzettel für soziale Gerechtigkeit, für Umverteilung, für eine andere Politik auszusprechen. Wir wollen ein Gegengewicht zur herrschenden Politik sein. Die Haltung der KPÖ zu den verschiedenen Detailfragen haben wir in unserem Forderungsprogramm formuliert, das wir bei Interesse gerne zur Verfügung stellen.

Beschluss der KPÖ-Wahlkonferenz am 23.8.2008



260 Menschen kandidieren für die KPÖ

Insgesamt kandidieren für die KPÖ bei dieser Wahl 260, zum Teil parteilose, Menschen - einhundert alleine auf der Bundesliste:

Messner Mirko ★ Klaus Melina ★ Mlinar Karl ★ Larise Dunja ★ Mahrer Wolfgang ★ Friedl Edith ★ Steixner Roland ★ Lutz Sylvia ★ Jurjans Wolf-Goetz ★ Lang Ursula ★ Birngruber Florian ★ Thüminge Rosmarie ★ Frank Christopher ★ Strauss Renate ★ Avakian Armen ★ Einspieler Marjeta ★ Kral Franz ★ Antlanger Karin ★ Hobek Robert ★ Empacher Susanne ★ Jonischkeit Oliver ★ Grünner Gerlinde ★ Koletnik Christine ★ Sellner Reinhart ★ Waldhart Hildegard ★ Schmid Michael ★ Peuker Karin ★ Riss Ingram ★ Holzer Eva ★ Markus Adam ★ Topf Sabine ★ Furtlehner Leo ★ Castro de Koletnik Osterlin Wanda ★ Smerietschnig Christopher ★ Pruckmoser Helga ★ Jaber Fuad ★ Kain Margit ★ Mrdalj Hajduk ★ Kainz Anita ★ Pruckmoser Rudolf ★ Steiner Barbara ★ Iraschko Josef ★ Stiefsohn Waltraud ★ Gutsch Roman ★ Krivec Brigitta ★ Müller Max ★ Schlager Doris ★ Hager-Madun Günter ★ Bauer Brigitte ★ Ghaderi Parosh ★ Drescher Silvia ★ Stingl Josef ★ Modjaver Vera ★ Erlach Thomas ★ Mikesch Agnes ★ Luiki Harald ★ Jelic Sanja ★ Niznik Zbigniew ★ Maringer Christiane ★ Hotz Bernhard ★ Henhapl Rosemarie ★ Kepplinger Christoph ★ Valtscheva Irina ★ Schimpf Florian ★ Buchacher-Kundi Barbara ★ Farasin Heinz ★ Rögner Doris ★ Fink Fritz ★ Ruis Eveline ★ Haslinger Manfred ★ Jurjans-Gratl Astrid ★ Sonnleitner Dietmar ★ Frank Gabriele ★ Pilhofer Horst ★ Filip Irene ★ Ortner Michael ★ Höllisch Martina ★ Turecek Benjamin ★ Oftner Brigitte ★ Gutsch Michael ★ Lutz Claudia ★ Mugrauer Manfred ★ Seif Fini ★ Wagner Tobias ★ Krenn Erika ★ Stöckl Erich ★ Krpec Susanne ★ Koboltschnig Gerwin ★ Danneberg Anja ★ Mikesch Leo ★ Hubeny Ilse ★ Svetnik Horst ★ Stadler Lilian ★ Berger Gottfried ★ Krieglsteiner Claudia ★ Baier Walter ★ Fritz-Klackl Waltraud ★ Zach Dietmar ★ Ambrosch Heidemarie



Lesen Sie mehr auf www.kpoe.at